

St. Galler Tagblatt

Tagblatt der Stadt St. Gallen und der Kantone St. Gallen, Appenzell und Thurgau • Amtliches Publikationsorgan

Druck und Verlag: Hollfoser & Co., Buchdruckerei, St. Gallen, Kornhausstrasse 28, Tel. 81551 • Redaktion: Kornhausstrasse 28, Tel. 81557 • Erscheint mittags und abends • Mit einer Samstags-Unterhaltungs-Beilage

Abonnements-Preise des Quartals für St. Gallen: bei der Expedition oder den Abgaben Fr. 7.10, ins Haus gebracht Fr. 8.30; für die Schweiz: bei der Post bestellbar Fr. 8.40, bei täglich zweimaliger Zustellung Fr. 9.—, Ausland mit Postzuschlag. Auskunft bei den Postämtern. Inserations-Preise per Millimeterzeile: Solothurner (Stadt St. Gallen) 10 Rp., Schweiz und Ausland 12.5 Rp., Restland (Inserate im Zeitteil) 50 Rp., Zuschlag für Chiffre-Inserate Fr. 1.—, Plagierverboten 20 % Zuschlag, ohne Verantwortlichkeit für die Aufnahme an vorgeschriebenen Stellen und Nummern.

Verantwortliche Inseratenverwaltung: Publikas Schweiz, Annoncen-Expedition A.-G., St. Gallen und Filialen. Inseratannahme: Publikas-Tagblattbureau Neugasse 42, Tel. 81104 und Publikas-Hauptbureau Schlegelgasse 12, Tel. 21916. Auskunft: Anschlag im Tagblattbureau und durch Tel. 81104 und 21916 oder zu jeder Zeit durch Telephonzentrale Tel. 11. — Ueber Chiffre-Inserate wird keine Auskunft erteilt. Inseratenfrist: für das Mittagsblatt tags vorher bis 15 Uhr, für das Abendsblatt bis vormittags 8 Uhr; größere Inserate entsprechend früher.

Samstag, 29. Januar 1944

Abendblatt

106. Jahrgang

Nr. 48

Neue Debatte um das Asylwesen

Die amtliche Bekanntheit der Flucht zweier maßgebender Personen des Fasizismus in die Schweiz hat dem nie ganz abgebrochenen Gespräch über die Asylgewährung (es muß neuerdings betont werden, daß es weder international noch national ein Asylrecht gibt) neue Nahrung zugeführt. Gewisse Meinungen in der Presse, besonders gegenüber den Behörden, zeigen, daß auf diesem Gebiet nach wie vor ziemlich geistige Desorientierung herrscht, das Verhalten der Verwaltung verkannt wird, ebenso die außenpolitische und innenpolitische Tragweite des Flüchtlingsproblems.

Die Zahl der in der Eidgenossenschaft weilenden Flüchtlinge hat 70 000 überschritten; das Heer bildet ein Völkergemisch, welches das Beherbergungsproblem enorm erschwert. Die behördliche Praxis in bezug auf die Aufnahme hat sich seit langem nicht mehr grundsätzlich geändert, sie hat sich als richtig erwiesen, indem sie den beiden polaren Forderungen, Schutzgewährung an Verfolgte und Wahrung der Landesicherheit, gerecht wird. Das trifft besonders auch zu hinsichtlich der großen Bedeutung, welche das Fassungsvermögen hat, wo wir uns doch nächstens dem Pfadend nähern, ohne daß damit gesagt sein soll, daß eines Tages hermetisch abgeperrt würde. Wenn das aber nicht zwangsläufig eintreten soll, heißt es in der Asylgewährung äußerst vorsichtig sein, damit später bei besonders schubbedürftigen Leuten nicht ein hartes Nein ausgesprochen werden muß.

Es besteht vielfach die Meinung, daß unsere bebauenswerten Schützlinge in Vaucluse und Vogen politische Flüchtlinge sind. Das trifft ganz und gar nicht zu; bloß etwa 200 haben rechtlich diesen Charakter, das heißt, sie haben den Nachweis erbracht, daß sie in ihrem Heimatstaate wegen ihrer politischen Betätigung verfolgt werden, und daß Gefahr für Leib und Leben besteht. Alle andern sind aus irgendeinem Grunde (Rasse, Unzufriedenheit, besseres Dasein in der Schweiz) gekommen, wobei viele von ihnen natürlich auch Verfolgte sind.

Wir können selbstverständlich nicht einfach jeden einlassen, der an die Küre klopft, sonst würden wir in einer Art überschwemmt, daß unser Land im Strom ertrinken müßte, samt der Ausübung des schönen humanitären Schutzgedankens. So können wir zum Beispiel nicht Leute aufnehmen, weil sie dem Arbeitsdienst in einem fremden Land entgegen wollen. Militärs, Kriegsgefangene, Deserteure, politische Flüchtlinge im engeren Sinn, werden nach wie vor eingelassen. Aber in bezug auf die letzteren gilt allgemein, daß ihre Anwesenheit die Sicherheit des Landes nicht gefährden darf; diese geht selbstverständlich vor. Wird sie tangiert, ist der Mann untragbar, gleichgültig welcher politischen Farbe er angehört. Er bekommt das Asyl nicht. Aus diesem Grunde und zur Verhinderung der Überfüllung muß jeder Einreisefall gesondert behandelt werden. Das geschieht durch die Grenzorgane in erster Instanz, welche die provisorischen ersten Erhebungen machen, die medizinischen Vorkehrungen treffen usw. Die Akten gehen an die Polizeidivision des Eidgenössischen Justizdepartements, welche die Art der Internierung regelt, sofern dem Dableiben zugestimmt wurde. Die Bundesanwaltschaft überprüft die Fälle, insbesondere die politischen, sie hat unter Umständen schon die nötigen Unterlagen, um zu beurteilen, ob eine Person tragbar ist. Bei Fällen von außenpolitischer Bedeutung, etwa prominenten Personen, wird auch das Politische Departement zur Meinungsäußerung begrüßt.

Die Beherbergung der großen Masse in Lagern ist sehr heikel, denn unser Land ist klein, die Grenzgebiete können nicht als Aufnahmeort dienen, auch andere nicht wegen militärischen Rücksichten. So ist unser Land mit Lagern überfüllt, sie müssen bewacht werden, was viele Soldaten beansprucht. Rücksichten auf die Landesverteidigung, welche hier naturgemäß nicht näher umschrieben werden können, reden eine gebieterrische Sprache, daß wir uns der Grenze der Aufnahmezuständigkeit nähern. Wir müssen an Truppenbewegungen denken, die nicht gestört werden dürfen, und so weiter. Wenn auch nicht entscheidend, so fällt doch die Ernährungsfrage mit ins Gewicht; man denke an umfassende Operationen auf dem europäischen Kontinent mit der Gefahr bölliger Abschürfung von Zufuhren. Die außerordentliche Mannigfaltigkeit des Flüchtlingsstromes bedingt große Sorgfalt in der Internierungsweise, damit zum

Beispiel nicht scharfe Zusammenstöße erfolgen infolge weltanschaulicher Konflikte usw. Darum ist es ebenso selbstverständlich, daß jede politische Agitation verboten ist, auch die Kontaktnahme mit gewissen Kreisen (Anspornung von Jäden mit „Gleichgesinnten“). Diese sehr strenge gehandhabten Maßnahmen wird allgemein sehr loyal nachgelebt, besonders seitens der politischen „Soldaten“, obgleich es nicht an offenen und verdeckten Aufforderungen fehlt, aus der Reserve herauszutreten. Sogar vom Ausland her ist das der Fall, wenn man Kenntnis bekommen hat, daß der Mann in der Schweiz ist.

Damit kommen wir auf die Frage der Publizität im Flüchtlingswesen, welche den Behörden im Zusammenhang mit den Fällen Ciano und Alfieri viel Spöttelei wegen Hintertwäldertum usw. eintrug. Es muß dem breiten Publikum wieder einmal gesagt werden, daß jede Veröffentlichung über einzelne Flüchtlinge verboten ist. Das amtliche Communiqué in den genannten Fällen stellt eine Ausnahme dar, zu der man gelegentlich greift, wenn die Umstände dies als angemessen erscheinen lassen. Sonst ist aber Schweigen geboten aus verschiedenen Gründen, nicht zuletzt im Interesse der Geschädigten. Werden deren Namen bekannt, haben sie Repressalien zu befürchten (Vermögenskonfiskation, Verfolgung Angehöriger). Der Heimatstaat versucht etwa ihrer wieder habhaft zu werden (Versuche der Anlockung an die Grenze). Die Schweiz kann Schwierigkeiten bekommen, indem von außen gesagt wird, wir hätten staatsgefährliche Leute aufgenommen, was die Beziehungen belastet. Fremde Agenten werden zur Einschmischung verleitet, man sucht die Emigranten politisch zu aktivieren oder auszunutzen.

Und nun benützt die „Nation“ die beiden italienischen Flüchtlingsfälle wieder einmal zu einem unwahren Ausfall gegen die Bundesbehörden, denen vorgeworfen wird, daß sie mit ungleicher Ellemessen. Das ist wirklich stark, wegen zweier unerwünschter das Publikum irre zu führen und offensichtlich die Auffassung zu wecken, man begünstige eine politische Richtung. Die Zahl der Flüchtlinge, deren besondere Obhut den „Nation“-Kreisen angelegen sein dürfte, ist Legion. Es verhält sich also ganz anders. Besonders fraglich ist, daß der Vorhalt der Begünstigung von Kriegsverbrechern erhoben wird. Die Geschichte wird einst urteilen über den Anteil der Edda Ciano und des Alfieri an der Kriegsschuld. Heute ist das nicht abgeklärt; es ist nicht unsere Sache, ein Urteil vorzunehmen. Wenn die „Nation“ die beiden als besonders belastete Hezer darstellt, so gibt es auch andere Meinungen, gestützt auf bessere Informationen. Beim Volke wird der Eindruck erweckt, daß wegen den beiden unser Land in schwere Konflikte gestürzt werden könne, denn die Alliierten würden mit allen Mitteln die Herausgabe der Kriegsverbrecher fordern. Die schweizerische Öffentlichkeit, besonders die Presse, hat seinerzeit die allfällige Note über diesen Punkt zurückgewiesen als einen Einbruch in die souveränen Hoheitsrechte. Man hat in London und in Washington eingesehen, daß es ein faux pas war und zum Rückzug geblasen. Seither sind diplomatisch keine Schwierigkeiten entstanden, man hat offenbar doch Respekt vor der Autonomie der Neutralen. Nun kommt ausgerechnet ein Wochenblatt, das sich sonst gerne als Monopolinhaber für die Wahrung der Souveränität gegen außen aufspielt, und versucht eine mit der Neutralität und der Eigenstaatlichkeit unvereinbare These. Es scheint übrigens festzustellen, daß die Einreise der beiden Fassisten in den alliierten Hauptstädten keinen Eindruck gemacht hat. Alfieri ist unerwünscht; er hat das Asyl nicht erhalten, er ist nur toleriert für so lange, als die Umstände ihm nicht erlauben, weiterzuziehen. Er ist zum Tode verurteilt — aus politischen Gründen. Eine Ausweisung aus der Schweiz bedeutet für ihn Erziehung.

Soll die Schweiz wirklich einen feigen Akt begehen, nur aus Angst, die Beherbergung könnte da und dort zu Mäupern Anlaß geben? Unser Land würde der Schwäche geziehen, vermutlich gerade dort, wo die „Nation“ Liebkind spielen will. Die Aufnahme der Gräfin Ciano, die auch sehr unerwünscht ist, geht auf Konto größerer Rücksicht für die Frauen, für Familien mit Kindern überhaupt, die nicht zurückgewiesen werden. In Anbetracht der Stellung und Rolle dieser Frau wurde ihr ein sehr strenges Regime auferlegt. Es werden daher nicht Tausende zurückgewiesen, um unbescherten irgendwelche „hohe Herrschaften“, dazu noch

gewisser Richtung, aufzunehmen. Es wollen viele eintreten, für die eine absolute Notwendigkeit nicht besteht; so sind an der Südgrenze zu viele Uebertritte erfolgt nur aus Panikstimmung heraus, und ein Teil der Leute bereut es fast. Die Behörden

müssen daher objektiv vorgehen, im Rahmen der Landesicherheit Verfolgte aller Richtungen gleich behandeln. Nach dem Rezept der „Nation“ wären Land und Behörden bald in gefährliche außenpolitische Widersprüche und Konflikte verstrickt. *

Kleine Wochenschau

□ In Erwartung der „zweiten Front“, die aber täglich unmittelbarer bevorsteht, registrieren London und Washington eine nicht abbrechende glänzende Serie „schwerer moralischer Niederlagen Deutschlands“, jede schwerer als die vorhergehende. Nun hat auch die Republik Liberia Deutschland und Japan den Krieg erklärt! Es hat zwar lange gedauert, denn es sind bald anderthalb Jahre her, daß in Liberia amerikanische Truppen an Land gingen, ganz abgesehen davon, daß Liberia nie etwas anderes war als ein afrikanisches Gegenstück zu den amerikanischen Indianerreservationen, eine Art amerikanischer Nationalpark, von einer Kolonie vor allem dadurch unterschieden, daß es ohne Einmischung der amerikanischen Regierung von amerikanischen Privatgesellschaften verwaltet wird. Seine Hauptstadt verweigert den Namen des amerikanischen Präsidenten Monroe, in dessen Amtszeit eine Kolonialgesellschaft philanthropischer Yankee es unternahm, das Regierproblem der Vereinigten Staaten dadurch zu lösen, daß sie die Nachkommen der nach Amerika verschleppten Negerklaven wieder nach Afrika verschifften und ihnen dort einen „eigenen Staat“ einrichteten, in dem sie selber ihren „zurückgebliebenen“ Rassegenossen gegenüber die Herren spielen konnten. Das afrikanische Seitenstück der berühmten Monroe-Doktrin „Amerika den Amerikanern“, hieß durchaus nicht „Afrika den Afrikanern“, sondern nur „die Afrikaner nach Afrika“, und da diese scharfsinnige Lösung der Negerfrage im Stadium des Spielstückenmodells stecken blieb, wurde die „Monrovia-Doktrin“ nicht ganz so berühmt wie die Monroe-Doktrin. Aber vielleicht erhalten die Nachkommen der amerikanischen Plantagenenerger jetzt als Bundesgenossen der Vereinigten Staaten Schutz und Weisung, und das ist immerhin auch schon etwas. In Berlin wird erklärt, daß man die Kriegserklärung Liberias mit souveräner Ruhe aufnehme. Dasselbe erklärte Reichsaussenminister von Ribbentrop tags zuvor in bezug auf den Neutralitätsbruch Argentiniens.

Ist der Kriegseintritt Liberias ein Triumph der Monrovia-Doktrin, so ist der Abbruch der diplomatischen Beziehungen Argentiniens zu den „totalitären Mächten“ ein Triumph der authentischen Monroe-Doktrin. Der letzte amerikanische Staat hat sich in die panamerikanische Solidarität eingeschaltet: Amerika den Amerikanern! Diese lapidare Doktrin ist beinahe ein Wortspiel; denn da sich von dem unhandlichen Staatsnamen der Vereinigten Staaten von Amerika kein Einwohnernamen ableiten läßt und „Yankee“ zu unhöflich ist, heißt in allen Sprachen der Welt „Amerikaner“ eben — Yankee, und die Monroe-Doktrin ist oft genug so verstanden worden, wie sie McKinley verstand: Amerika, Nord und Süd den USA! Dieses Mißverständnis war um so leichter möglich, als die lateinamerikanischen Staaten tatsächlich, vor allem in wirtschaftlicher Hinsicht, halbkoloniale Länder sind, deren Wirtschaftsertrag größtenteils nicht dem eigenen Land oder auch nur den eigenen Kapitalisten, sondern den ausländischen Besitzern der Eisenbahnen, Straßenbahnen, Gas- und Elektrizitätswerke, Gruben und Plantagen fließt — oder zufließt, denn viele südamerikanische Republiken sind schlechte Zahler geworden. Als England 1940 alles Auslandskapital, das sich in Dollar verfügbaren ließ, für Kriegszwecke aus den Vereinigten Staaten hinwegwusch, da bedeutete gerade die Illiquidität seiner südamerikanischen Anlagen die Rettung dieser Positionen: denn da diese Titel unregelmäßig verzinst, schwer transferierbar und überhaupt „notleidend“ waren, blieben sie damals in englischer Hand. Allein in Argentinien betragen die englischen Kapitalanlagen nach einer neulichen Londoner Schätzung, in der die nötigen Abschreibungen gewiß enthalten sind, über eine Milliarde Pfund, wovon ein Viertel in den argentinischen Eisenbahnen steckt. Aber auch für andere europäische Länder, vor allem Deutschland, Frankreich und die Schweiz, war Südamerika und vor allem Argentinien das Dorado des Kapitaleports, und diese europäischen Anlagen segeln heute, um politische Kompensationen zu vermeiden, größtenteils unter spanischer Flagge. Das ist wohl der Hauptgrund der „Achsenfreundlichkeit“, der „Hispanität“ und der „Amerikafeindlichkeit“ der argentinischen Propagierung. Zur modernen Interpretation der Monroe-Doktrin steht diese „Europabegrenztheit“ der argentinischen Wirtschaft, in der das nordamerikanische Kapital bisher etwas im Hintertreffen war, zweifellos in unerträglichem Widerspruch, und die Widersprüchlichkeit der argentinischen „Fassisten“ gegen die nordamerikanische Durchdringung konnte nicht länger gebudet werden. Hätte sich England nicht geweigert, mitzumachen, so hätten die Vereinigten Staaten Argentinien längst

durch noch schärfere Wirtschaftsfunktionen zur Ration gebracht, als sie bereits seit einem halben Jahr bestanden.

Was eine Kriegserklärung in Südamerika bedeutet, beleuchtet eine kürzliche Exchange-Meldung über die Kriegsmahnahmen Perus: besondere Finanzkommissionen haben dort mit der Liquidation der deutschen Banken und anderen „feindlichen Investitionen aller Art“ und mit der Verfeigerung des deutschen Grundbesitzes begonnen, und die peruanische Regierung erklärt, daß „die Gewinne, die aus der Konfiskation deutschen und anderen Lebensmittels entstehen, in erster Linie dazu dienen sollen, um Perus internationale Verpflichtungen erfüllen zu können, die aus dem Krieg entstanden sind“ — wohl zur Ausrüstung einer peruanischen Invasionarmee... Die argentinische „Neutralitätspolitik“ unterschied sich von diesem peruanischen Vorgehen, das übrigens von den „amerikanischen“ südamerikanischen Staaten schon im letzten Weltkrieg praktiziert wurde, vor allem dadurch, daß sie eben „neutral“ vorging: die Diktatur Ramirez entlegte nicht geradezu, aber sie stellte das Auslandskapital aller Provenienz, nach den amerikanischen Klagen zu schließen mit einer besonderen Spitze gegen die USA, unter immer schärfere Kontrolle und tat alles, um vor allem die an ausländische Gesellschaften verliehenen öffentlichen Versorgungsbetriebe in argentinische Hände zu bringen.

Hinter dieser Diktatur Ramirez, die im letzten Juni von der angelfächischen Öffentlichkeit so begeistert aufgenommen wurde, standen, wie sich nun herausstellte, „deutsche Umtriebe“. Daran ist nicht zu zweifeln; hinter allen „anti-amerikanischen“ Bewegungen in Lateinamerika standen „deutsche Umtriebe“, denn die deutschen Anführer und Geschäftsleute in Südamerika sind zahlreich und aktiv, und die deutsche Propaganda hat in den vergangenen zehn Jahren in Südamerika nicht gespart. Als in Brasilien Präsident Vargas das Parlament und die Parteien auslöste und genau nach faschistischem Muster seine Diktatur errichtete, war auch in der ganzen angelfächischen Presse zu lesen, daß hinter diesem Umsturz „deutsche Umtriebe“ standen. Vargas verbot zwar nicht, wie General Ramirez in seiner grenzenlosen Tyrannei, die jiddische, wohl aber die ganze demokratische Presse seines Landes; aber er war ein vernünftiger Mann und beschloß, mit den stärkeren Bataillonen zu marschieren. Schon im letzten Weltkrieg ging Brasilien mit den Vereinigten Staaten „für die Demokratie“ in den Krieg, aber Argentinien blieb neutral. Denn Argentinien, der größte der spanischsprechenden Staaten Amerikas, ist der Vorläufer der amerikanischen „Hispanität“ und war immer das widerstrebenste Glied der nordamerikanischen Panamerikapolitik, nicht nur, weil es wegen seiner Kapitalstruktur der „Dollardiplomatie“ am wenigsten zugänglich war, sondern auch, weil es seine eigene Hegepolitik verfolgte.

Auch Chile ist, obwohl es von einer „Vollfront“ regiert wird, noch sehr widerstrebend der „panamerikanischen Solidarität“ gefolgt, in Paraguan fand am Tage nach der Unterwerfung Argentiniens ein Putschversuch der aufgelösten liberalen Partei statt — wenn Not am Mann ist, feden sich die „deutschen Umtriebe“ auch hinter die Liberalen mit der Parole „Wiederherstellung der Demokratie“ —, und Bolivien hat zwar Deutschland den Krieg erklärt, aber die Regierung, die ihn erklärte, wurde ein paar Tage darauf gestürzt und die neue, aus deutschen Agenten bestehende Regierung wird nun panamerikanisch eingekreist und müde gemacht. Auch in Bolivien geht es nicht so sehr um Ideologie als um Zinn. Seit dem Verlust der fernöstlichen Zinnproduktionsgebiete ist Bolivien der wichtigste Zinnlieferant der Vereinigten Staaten, und es scheint, daß die bolivianischen Grubenherren die kurze Konjunktur allzusehr ausnützen wollen — denn nach dem Krieg wird Bolivien, dessen Zinn die höchsten Produktionskosten der Welt hat, nicht mehr konkurrenzfähig sein — und höhere Preise, die Grubenarbeiter aber höhere Löhne und die Vereinigten Staaten größere Lieferungen verlangen. Und hier liegt der wunderbarste Punkt der „panamerikanischen Solidarität“: die Vereinigten Staaten sind für Südamerika ein Konjunkturkunde, der infolge außergewöhnlicher Umstände große Erzforderungen an gewissen Produkten von ihnen kauft, aber für die ständigen Hauptprodukte Südamerikas, Weizen, Mais, Kaffee, Baumwolle, Erdöl, sind die Vereinigten Staaten nicht Kunden, sondern Konkurrenten. Und heute, da die Vereinigten Staaten in Südamerika als Großverkäufer

aufzutreten, können sie dafür nichts leisten; der lateinamerikanische Handel mit den USA, der im Frieden stets passiv war, war 1941 um 100, 1942 um 270, und 1943 um rund 500 Millionen Dollar aktiv. Nord- und Südamerika ergänzen sich wirtschaftlich nicht, sondern konkurrieren sich; Nordamerika kann den lateinamerikanischen Staaten den europäischen Markt nicht ersetzen, und der Hauptkunde Argentiniens ist heute England. Diese Konkurrenzstellung der beiden Halbkontinente verschärft sich noch mehr dadurch, daß die südamerikanischen Staaten auch industriell immer unabhängiger von den Vereinigten Staaten werden; in Brasilien wie in Argentinien, die wir von der Schule her immer noch als reine Agrarstaaten betrachten, überwiegt bereits die industrielle Produktion die agrarische. Der südamerikanische Nationalismus ist die Gärung halbkolonialer Länder, die auf dem Wege zur wirtschaftlichen Selbständigkeit sind, und die falschen und halbwegs falschen Formen dieser wirtschaftlichen „Unabhängigkeitsbewegungen“ erklären sich wenigstens zu einem Hälfte daraus, daß südamerikanische Demokratie und Parlamentarismus allzuoft nur ein bequemes Korruptionsfeld der Dollar-, Pfund-, Mark- oder Francopolitik war. Die Diktatoren sind etwas teurer zu kaufen.

Das ist die profane Betrachtungsweise. Die ideale ist die, daß in Südamerika um Freiheit der Rede, des Glaubens, von Furcht und von Not gekämpft wird. Und selbstamerzweise ist auch sie richtig. Die innenpolitischen Maßnahmen der Regierung Ramirez bewiesen, daß er die öffentliche Meinung seines Landes gegen sich hatte und nur mit dem Belagerungsstand regieren konnte. Die Vereinigten Staaten kämpfen hier, da die Diktatur sich hier gegen sie wandte, während sie in Brasilien mit ihnen marschierte, für Freiheit und Demokratie auf der westlichen Hemisphäre. Es gibt Fälle, wo Geschäft, Politik und Ideale übereinstimmen, und das sind dann die erhabenden Momente der Geschichte. Auch in Spanien — obwohl es hier offiziell auch nicht um Ideale, sondern um Orangenbäume geht — stimmen sie heute, im Gegensatz zur Bürgerkriegszeit, überein, und so ist nun die ganze „Hispanidad“ im Umbruch. Was dabei herauskommt, bleibt abzuwarten. Auf jeden Fall ist den Mächten der letzte, wichtige Beobachtungsposten außerhalb der eigenen zusammenzuschmelzenden „Großräume“ verloren gegangen. „Eine ewige Sauerordnung in diesem Südamerika!“ — So ähnlich etwa muß einem Beobachter jenseits des Atlantik die europäische „große Politik“ vorkommen.

Frankreichs Arbeitstribut an die Befehlsmacht

Paris, Ende Januar.

In ganz Frankreich wird gegenwärtig die Auszählung der jungen Leute des Jahrganges 1924 durchgeführt. Der Minister für die industrielle Produktion, Michelone, erhielt den Auftrag, der Regierung Vorschläge für eine bessere Ausnützung der Arbeitskräfte zu unterbreiten. Nachdem am 4. Januar das Generalkommissariat der Chantiers de la Jeunesse aufgehoben und durch eine Generaldirektion ersetzt worden war, die einem hohen Beamten übergeben wurde, teilte nun das Amtsblatt vom 20. Januar mit, daß diese Generaldirektion dem Arbeitsministerium angegliedert wird. Der wichtige Platz, so wird ausgeführt, den die Jugendlager im Plan der Ausnützung der Arbeitskräfte in Frankreich einzunehmen berufen sind, rechtfertigt diese Maßnahme. Die Chantiers de la Jeunesse verlieren ihren Charakter als Sonderorganisation. Sie werden zum Glied in der Kette. Der französische Staat hat seine gegenüber Deutschland eingegangenen Verpflichtungen mit den Erfordernissen der französischen Produktion in Einklang zu bringen. Diese soll unter dem Arbeitstribut, der dem Sieger gebracht werden muß, möglichst wenig leiden.

Eine Rede des Reichspresselatters Dr. Dietrich vor der Pariser Presse konnte den Eindruck erwecken, daß die Deutschen die gegenwärtigen französischen Leistungen nicht als genügend erachten. Dr. Dietrich warnte vor den „Hoffnungen und Illusionen eines ratenlosen Abwartens“, die ein lebensgefährlicher Selbstbetrug wären angesichts der Tatsache, daß Frankreich nur mit Europa leben könne oder mit Europa sterben müsse. Das war eine deutliche Einladung; aber doch nicht mehr. Bis heute ist noch nichts davon bekannt geworden, daß die Reichsregierung die Zusammenarbeit auf dem militärischen Boden verlangt hätte. Wo Rekrutierungen vorgenommen wurden, da handelt es sich um Gebiete, die die Sieger als deutsch ansehen. Aber jedermann stellt sich vor, daß den Deutschen größere französische Leistungen auf jedem Gebiet nur willkommen sei.

Klio versucht sich im Norden

Frühe Geschichte am Rande Europas
Von Elja Carlberg

Beim Betrachten der frühen Geschichte Nordeuropas ergibt sich leicht der Eindruck: Klio, die geschichtsschreibende Gottheit, sei am Anfang unserer Zeitrechnung mit all dem Neuen, das ihr damals ins Blickfeld kam, nicht mehr recht fertig geworden. Und gewiß lagen die Dinge einfacher und in größeren Linien vor ihren Augen, als noch die Götter in sichtbarbarer Gestalt eingriffen in menschliches Geschehen, als sie es mit starken, ruhigen Bildhauerhänden gestalten oder verwirken und falsch gerichtete menschliche Betriebsamkeit zurechtbügeln. Wenn sie Selben in goldene Staubwolken hüllen, um sie ihren gefährlichen wendenden Segnern zu entziehen, wenn Ares laut aufbrüllt, wenn Athene die Geschichte der Völker mit leichter Hand lenkt, indem sie an die Wunden des Achill rührt, so ist dies alles ihr, der göttlichen Schreiberin, wie Heimatton und daher leicht erfährt und aufgezeichnet. Aber schwieriger wird es für sie, als die Götter nicht mehr so nah sind, als nächsten denkende, römische Feldherren an der Spitze ihrer Legionen die Grenzen der Welt nach allen Seiten hin erweitern und bald auch das aufgeschrieben und erhellt werden muß, was hoch oben im Norden geschieht.

brennten. Und die Rede des Reichspresselatters überraschte darum niemand. Sie fand sogar ein freundliches Echo in dem Labal nachstehenden „Moniteur“.

Das Leben in Rom

Rom, 29. Jan. (Kp.-Privat). Die nochmalige Verlegung des Ausgehverbotes um 2 Stunden von 7 Uhr abends auf 5 Uhr nachmittags, die mit der Begründung erfolgte, daß einzelne Bombenattentate in der Stadt zwischen 6 und 7 Uhr verübt worden sind, wirkt sich auf das Leben der 2-Millionen-Stadt Rom viel einschneidender aus, als dies auf den ersten Blick den Anschein haben mag. Man hat in Rom schon verschiedentlich versucht, und zwar hauptsächlich im Hinblick auf den äußerst mangelhaften Tram- und Autobusverkehr, die Mittagspause in den Büros und Geschäften abzuschaffen, was theoretisch sehr einfach schien, praktisch aber nicht durchgeführt werden konnte, weil das Mittagessen die Hauptmahlzeit, und heute wird man sagen müssen, die einzige Mahlzeit des Römers ist. Wenn nun, wie verfügt worden ist, Büros und Geschäfte, Post und Telegraphenamt schon um 3 Uhr schließen, um den Angestellten die Gelegenheit zu geben, mit dem letzten Tram nach den Außenbezirken zu fahren, so bedeutet das in Wirklichkeit, daß der Geschäftstag um 1 Uhr mittags endet, und die Arbeitszeit auf 4 Stunden täglich zusammenschrumpft. Wie man in deutschen Kreisen vernimmt, dürfte die Verlegung des Ausgehverbotes deshalb demnächst wieder aufgehoben werden.

Während der wenigen Stunden, in denen eine öffentliche Tätigkeit noch möglich ist, merkt man im römischen Straßenbild nicht die geringste Hast noch Unruhe. Daß die gegenwärtige Lage die Marktzufuhr nicht günstig beeinflusst, braucht nicht erst gesagt zu werden. In den Restaurants aber findet man merkwürdigerweise immer noch vieles, und wenn man die Preise nicht scheut, unter Umständen sogar alles, was auf den Märkten fehlt, und zwar nicht etwa geheim hinter sorgfältig verschlossenen Türen, sondern in aller Öffentlichkeit. Das ist eine der eigentümlichsten Begleiterscheinungen des Krieges, eigentlich vor allem deshalb, weil die Bezugsquellen nicht versiegen. Heute, da die geregelte Anfuhr stockt oder versagt, fühlt man sich berechtigt, von einer eigentlichen Funktion des schwarzen Marktes zu sprechen.

Von den direkten Kriegshandlungen hat der Römer bis jetzt nur sehr wenig zu spüren bekommen. Bei den Bombardierungen der Umgebung der Stadt wurden 2 Röhren einer Wasserleitung getroffen, wodurch in den hochgelegenen Quartieren während mehreren Tagen das Wasser gänzlich fehlte. Diese Schäden sind jedoch in der Zwischenzeit wieder repariert worden. Die von ausländi-

chen Seldern verbreitete Meldung, es werde in den Straßen Roms regelrecht gekämpft, gehört ins Reich der Fabel.

Chiasso, 29. Jan. ag. Radio Rom gab bekannt, daß die Behörden die Aufforderung an die Bevölkerung gerichtet haben, alle Automobile und Lastwagen abzuliefern, um dadurch eine Verbesserung der Versorgungslage herbeizuführen. Wie man erfährt, hat auch die Vatikanstadt eine beträchtliche Zahl von Autos zur Verfügung gestellt.

Acht Hinrichtungen in Bologna

Chiasso, 29. Jan. ag. Das Sondergericht von Bologna hat im Zusammenhang mit der Ermordung des Fasziengenerals von Bologna, Facchini, zehn Personen wegen wühlerischer Tätigkeit verurteilt. Neun von ihnen wurden zum Tode verurteilt, während der zehnte 30 Jahre Gefängnis erhielt. Unter den Verurteilten befinden sich drei ehemalige Faszisten. Acht Todesurteile wurden bereits vollstreckt, während das neunte angeht eines eingekerkerten Begnadigungsgelächtes noch aufgeschoben wurde.

Zusammenstöße und Razzien in Norditalien

Chiasso, 29. Jan. „Regime Fascista“ meldet, daß bei einem Zusammenstoß zwischen Fasziisten und Partisanen in Bizzano bei Piacenza zwei Schwarzhemden getötet und vier weitere schwer verletzt wurden. Deutsche und italienische Truppen haben, wie das Blatt mitteilt, eine energische Bergungsaktion unternommen.

Die Behörden von Fiume haben allen Männern im Alter von 16-50 Jahren den Befehl erteilt, sich an den Aufräumungsarbeiten der letzten Luftangriffe zu beteiligen. Da die Aufforderung nicht befolgt wurde, hat die Polizei Razzien in den öffentlichen Lokalen durchgeführt und zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Die Verhafteten wurden nach den zerstörten Stadtteilen transportiert und zwangsweise für die Aufräumungsarbeiten eingesetzt.

Generäle vor Sondergerichten

Chiasso, 29. Jan. ag. In neofasziistischen Kreisen Italiens wird amtlich bekanntgegeben, daß sich die folgenden Generäle vor Sondergerichten zu verantworten haben werden: General Nobotti, Kommandant der 2. Armee, General Berceellino, Kommandant der 4. Armee, General Garaciolo, Kommandant der 5. Armee, General Gariboldi, Kommandant der 8. Armee, General Nofi, General de Chiarelli, Kommandanten der italienischen Truppen in Montenegro, Griechenland und Albanien, General Weiss, Oberkommandierender von Laibach, ferner die Admirale Campioni, Jacconi, Mascherpa, Pabesi und Leonardo. Gegen diese Kom-

Weittragende Veränderungen in der sowjetrussischen Unionspolitik

Tagung des obersten Sowjets

Moskau, 29. Jan. (Reuter). Radio Moskau meldet, daß auf der Tagesordnung des obersten Sowjets in seiner Sitzung vom Freitag u. a. ein Vorschlag figurierte, den Mitgliedsrepubliken der Sowjetunion mehr Einfluß auf die Leitung des Kriegsministeriums und der Außenpolitik zu überlassen. Der Vorschlag, gewisse Vollmachten des Kriegsministeriums und der Außenpolitik den einzelnen Republiken zu delegieren, ist bereits vom Präsidium der kommunistischen Partei gutgeheißen worden.

Der erste Eindruck in London

London, 29. Jan. (E.-Privat). Nicht wenig Aufsehen erregt in England die russische Verfassungsänderung, die heute nacht dem höchsten Sowjetrat unterbreitet worden ist, und, wie erste, noch unpräzise Berichte besagen, das Mitspracherecht der Sowjetrepubliken in außenpolitischen und militärischen Fragen zu verstärken trachtet. Obwohl die Sowjetrepubliken als souveräne Staaten der Union bezeichnet werden, nahm ihnen die Verfassung fast sämtliche Vollmachten außer provinziellen Verwaltungsaufgaben und dem theoretischen Recht — ähnlich demjenigen der britischen Dominions — zum jederzeitigen „freien“ Austritt aus der Sowjetunion. Erhöhtes Mitspracherecht der einzelnen Sowjet-Republiken in außenpolitischen und militärischen Fragen ist ungefähr das letzte Zugeständnis an den autonomen Stolz dieser Republiken, das man für wahrschein-

lich hätte halten können, und manche hiesige Beobachter sind über die wirkliche Bedeutung dieses Schrittes mehr als bloß überrascht. Die einen sehen einen geschickten Schachzug darin, um Russlands Stimmenzahl in den künftigen internationalen oder interalliierten Konferenzen, Organisationen, einem neuen Völkerbund usw. sechzehnmal zu multiplizieren, andere einen Schritt, um die ausdrückliche Anerkennung der Einberaubung der baltischen Staaten, Kareliens, Estpolens, Bessarabiens in die Sowjetunion durch die Alliierten zu erleichtern. Wiedere andere, und vielleicht die subtilsten, sind der Ansicht, Stalin wolle durch stärkere Betonung der Unabhängigkeit der Gliedstaaten eventuellen Aufnahmegejuch anderer Staaten die Bahn ebnen. Nur das eine kann niemand recht glauben, daß die Dezentralisation der Außenpolitik und des Wehrwesens wirklich erfolgen kann und wird, oder, der offiziellen Erklärung gemäß, der Erhöhung realer Vollmachten der Gliedrepubliken dienen soll. Es bleibt abzuwarten, ob die Überreste des alten Mißtrauens den Sowjets gegenüber ih. en wieder einmal unrecht tut, wie es auch schon geschehen ist, oder sich rechtfertigen läßt, was auch nicht das erste Mal wäre. An der hohen politischen, insbesondere außenpolitischen Bedeutung dieses rätselhaften Schrittes Moskaus ist indessen nicht zu zweifeln.

Die ukrainische Regierung wieder in Kiew

Moskau, 29. Jan. (Exchange). Hier wird angekündigt, daß die Regierung der Sowjetrepublik Ukraine ihren Sitz wieder nach Kiew zurückverlegt hat.

mandanten, von denen sich sieben in norditalienischen Gefängnissen befinden, wurde Anklage wegen Weisills zur Kapitulation der italienischen Streitkräfte erhoben.

Der Kongreß von Bari

Bari, 28. Jan. (Reuter). Der antifaschistische Kongreß, der sich am Freitag in Bari versammelte, hat Begrüßungsdelegierte an den Kongreß der Vereinigten Staaten, an das britische Unterhaus, an Stalin, an Generalissimo Tschiang Kai-Scheh, an das französische Befreiungskomitee und an das jugoslawische Volk gerichtet. Der Kongreß hat seine Beratungen aufgenommen.

Das Schicksal der angelsächsischen Gefangenen in japanischen Händen

London, 28. Jan. (United Press). Der britische Außenminister Eden gab im Unterhaus eine Erklärung ab über die Behandlung der Kriegs- und Zivilgefangenen in japanischen Händen. Ein großer Teil der in japanische Gefangenschaft geratenen britischen Staatsangehörigen befindet sich in Niederländisch-Indien, Malaya, Siam und Indochina. Amerikanische Gefangene befinden sich viele auf den Philippinen. Eden stellte fest, daß Japan eine Inspektion der Gefangenenlager durch neutrale Stellen nicht zulasse und noch nicht einmal die Zahl der in den Lagern untergebrachten Gefangenen bekanntgegeben habe. Die britische Regierung sei im Besitz von Informationen, die keinen Zweifel darüber aufkommen ließen, daß die Lage der in japanischen Händen befindlichen Gefangenen „sehr ernst“ sei. Eden gab dann detaillierte Schilderungen über die Leiden und die verschiedenorts grausame Behandlung der Gefangenen.

Gleichzeitig verurteilte auch Staatssekretär Hull in Washington die Grausamkeiten der Japaner und kündigte scharfe Bestrafung der japanischen Kriegsverbrecher an.

Neuer Nachtangriff auf Berlin

London, 29. Jan. (United Press). Von zuständigem Stelle wird mitgeteilt, daß die Royal Air Force in der Nacht vom Freitag auf den Samstag erneut einen Angriff gegen Berlin durchführte.

Vor größeren Kämpfen in Slowenien

London, 28. Jan. (Reuter). Das Communiqué des Hauptquartiers von Marschall Tito meldet, daß in Slowenien im Gebiet von Kaveca-Dgora bei Grg Offensivoperationen im Gange sind. Die Partisanen haben vier Brücken und das Elektrizitätswerk, welches die Stadt mit Strom versorgte, in die Luft gesprengt. In Nordjugoslawien wurde die Bahnlinie Ljuzica-Belgrad an sechs Orten zerstört. Der deutsche Vorstoß in Richtung Kroatien wird immer noch aufgehalten und in den Abschnitt von Snj und Novi spielen sich heftige Kämpfe ab.

Ermordung des griechischen Arbeitsministers

Athen, 28. Jan. (DNB). Der griechische Arbeitsminister Nikolaos Kalivas wurde am Donnerstag früh von drei jungen Männern im Alter von 25 bis 30 Jahren erschossen, als er aus seinem Haus herauskam, um sich im Auto in sein Ministerium zu begeben. Der Arbeitsminister erlitt eine große Verletzung bei den Arbeitern. Kalivas erlag seinen Verletzungen auf dem Transport ins Krankenhaus.

Berlin zum Bruch mit Argentinien

Berlin, 29. Jan. ag. Auf Anfrage hat der Sprecher des Auswärtigen Amtes erklärt, daß nach seinen Informationen die argentinische Erklärung über den Abbruch der diplomatischen Beziehungen nur an die Adresse von Berlin und Tokio, nicht aber von Rom gerichtet war. Dieser Umstand ist in politischen Kreisen stark bemerkt worden, da er die alliierte Auffassung herausstellt, daß es außer dem Vatikan-Italien formal nicht auch noch ein Italien des Duce gebe.

Sechs japanische Schiffe von chinesischen Bombern versenkt

Tschungking, 28. Jan. (Exchange). Mittelschwere Bomber der chinesischen Luftwaffe haben auf der Höhe von Tschungking einen japanischen Schiffszug angegriffen und fünf Dampfer zwischen 700 und 2700 T. versenkt. Zwischen Hongkong und der Insel Kiang wurde ein weiterer japanischer Frachtdampfer von 2700 T. versenkt.

Und doch: Mit Germanien und Gallien kommt die Göttliche noch einermahnen zuweilen. Es gelingt ihr, schon über das fünfte und sechste Jahrhundert in diesen Ländern zuverlässiges historisches Licht zu gießen; sie macht die merowingischen Könige namhaft und läßt Umrisse und Profile dieser langhaarigen, gekrönten Häupter deutlich erkennen; wir sehen, wie eilig diese es hatten, einander um Krone und Leben zu bringen; wir erfahren von ihren haarsträubenden Regierungsmethoden und den ebenso haarsträubenden Zuständen in ihren Reichen, und in lächerlicher Folge sehen wir ihre Nachfolger: Pipine, Karolinger und die lange Reihe der übrigen gekrönten durch die Jahrhunderte schreiten.

Während also um die Mitte des ersten Jahrtausends schon heller Lichtschein über Gallien und bald auch über Germanien fällt, liegt der Norden noch im Dunkeln der Vorzeit, und es sind sagenhafte Gestalten und Könige mit ungelauteten Namen, die als Zeitgenossen der Merowinger auf den Königsthronen Skandinaviens sitzen.

Was aus diesem Dunkel bis in unser Jahrhundert bringt, ist, neben Sage und Mythologie, nicht viel mehr als der Rauch brennender Gefährte und ein ständiger vor sich gehender großer Waffenlärm, welches verursacht vom Kampf der Klein-Könige untereinander. Sie und da ist uns ein Name, ein Vers, ein Ausspruch bewahrt, ein Gedröng von besonderer Bewandnis oder eine berühmte Waffe blizt auf, mitunter auch der Blick einer Frau. Aber gleich nachher ist

alles wieder in vorzeitliches Dunkel gehüllt, und noch am Anfang des zweiten Jahrtausends wachern Sagen und Lieberlieferungen in unaufhörlicher Verschlingung.

Davon zeugen die (um das Jahr 1200) aufgezeichneten „Königsgegeschichten“ des Norweger-Snorre Sturlesson, die davon berichten, „wie 50 Könige starben“. Sie stellen alles andere dar als eine Sammlung von Krankengeschichten oder von letzten Abschiedsworten und guten Ratsschlägen an den trauernden Familienkreis; sie enthalten vielmehr Höhepunkte dramatischer Handlung; denn zu jener Zeit war es nicht Brauch, nicht guter Ton, „auf dem Stroh, wie eine Kuh“, zu sterben. Der Verfasser dieser Königsgegeschichten erreichte allerdings selbst ein Alter von 91 Jahren; aber man muß nicht vergessen, daß sein Stoff, als er ihn behandelte, schon mehrere Jahrhunderte alt war. Ein natürlicher Tod ließ übrigens auch ihm, obwohl er es zu so hohen Jahren brachte, erpart; denn sein Schwiegersohn nahm ihn, endlich, um dem König gefällig zu sein, das Leben.

Bei Snorre Starlesson begegnen uns, wie gesagt, Sage und Geschichte in unblöcker Verschlingung. Doch mit Harald Haarfloß, der im neunten Jahrhundert nach und nach ganz Norwegen unter seine Herrschaft brachte, stellte sich ein gewisser Zusammenhang fest, was als historische Tatsache angesprochen werden kann. Ueber seiner Gestalt liegt helteres Licht, und auch jene Frau trägt realistischere Züge und hat zweifelsohne wirklich einmal gelebt, die als treibende Kraft

hinter der großen Fehde in seinem Geschlecht steht, als nach seinem Tode Söhne und Entel sich um das Königtum schlugen. Neben Kriemhilde in Deutschland, die noch fast ganz der Sage angehört, neben Freegunde und Brunhilde im Merovingereich, deren 45 Jahre dauernde Fehde (um das Jahr 600) in Gregor von Tours bereits einen glaubwürdigen zeitgenössischen Chronisten hat, steht am Ende des ersten Jahrtausends in Norwegen Sunhild — eine das Schicksal der Männer lenkende Frauengestalt und den drei Genannten ebenbürtig an Charakterstärke und Wildheit.

Sunhild ist die Witwe von Harald Haarfloßs Sohn Erich Mutart und hält, für ihre Ansprüche kämpfend, viele Jahre hindurch eine blutige Fehde unter ihren Verwandten im Gang, bis endlich alle ihre Söhne gefallen sind. Unermüdetlich sorgt sie dafür, daß der Verwandtenkreis sich mindert, daß man einander aus dem Hinterhalt überfällt oder auch wohl in offener Feldschlacht begegnet. So entsteht denn allmählich bei diesem Geschlecht der Brauch, die jungen Königsöhne im Ausland zu erziehen — in der Heimat hatten sie zu wenig Aussicht, über das Knabenalter hinauszukommen. Es waren also weitgereiste junge Leute, die, als Sunhilds Glanzzeit endlich über sich hinweg war, sich auf den königlichen Hofstich oder in dessen Nähe niederließen. Gaafon der Gute, der erste christliche Herrscher in Norwegen, hatte 15 Jahre in England verbracht, Harald Graufell war jahrelang in England, Irland und Dänemark auf Reisen gewesen, und der sie alle